



Wahlprüfsteine

zur Landtagswahl 2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. hat seine Wahlprüfsteine an alle im Landtag vertretenen Parteien verschickt.

Die Antworten der AfD Baden-Württemberg finden Sie im folgenden Dokument.

AfD



Landesseniorenrat
Baden-Württemberg e.V.

Kriegerstr. 3 - 70191 Stuttgart

Telefon: 0711 - 61 38 24 - E-Mail: landesseniorenrat@lsr-bw.de - www.lsr-bw.de

Inhalt

Starkes Land durch Teilhabe und Engagement	1
Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?	1
Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand	2
Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?.....	2
Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?	2
Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?.....	3
Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?	3
Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar	4
Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?	4
Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?	4
Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?.....	5
Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?.....	5
Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention	6
Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?	6
Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?	6
Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?	6
Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?.....	7
Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?.....	7
Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?	8
Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?.....	8

Mobilität und Klimaschutz – beides drängt	9
Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?.....	9
Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?	9
Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?	9
Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung	10
Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?.....	10
Was können wir gemeinsam dafür tun?	10

① Starkes Land durch Teilhabe und Engagement

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher befürworten wir eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren.

? *Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?*

Senioren sind heutzutage geistig und körperlich sehr agil, mobil und bereit, ihr langjähriges Wissen und ihre Erfahrungen ehrenamtlich mit anderen zu teilen. Die AfD tritt daher für mehr Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ein. Freiwilliges Ehrenamt kann dadurch unterstützt werden, dass die entsprechenden Informationen zu vielseitigen Aufgaben in diesem Bereich von den Rentenversicherungsträgern an ihre Versicherten weitergegeben werden, um mehr Menschen dafür zu begeistern.

Geförderte Projekte sollten hier beworben werden, damit Interessenten davon erfahren. Eine zentrale Anlaufstelle im jeweiligen Rathaus zur Koordination bzw. Weitergabe der entsprechenden Ansprechpartner wäre hierzu förderlich, um eine Vernetzung von ehrenamtlichen Tätigkeiten zu ermöglichen, von der Kinderbetreuung bis hin zu Seniorenbesuchen.

i Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand

Altersarmut ist leider keine Ausnahmerecheinung, sondern für viele Seniorinnen und Senioren bittere Realität geworden. Aufgrund des demographischen Wandels ist absehbar, dass sich diese Lebenslage zu einem wichtigen Thema entwickeln wird und in Armut lebende ältere Menschen aus dieser Situation nicht allein heraus kommen werden. Aus unserer Sicht beginnt die Altersarmut bereits bei der Erwerbsarmut.

? Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?

Wir wollen eine gerechte Alterspension für alle, da fast jede zweite Altersrente in Deutschland unter 800 Euro liegt. Dafür haben wir ein alternatives Pensionsmodell entwickelt, mit dem wir die bisherige Rentenversicherung in eine autonome Deutsche Pensionskasse überführen wollen, in die alle einzahlen. Grundlage ist eine den Arbeitnehmeranteil ersetzende Wertschöpfungsabgabe; eine Beitragsbemessungsgrenze entfällt ebenso wie die Doppelbesteuerung der Pension. Das Existenzminimum wird durch eine Sockelpension garantiert, auf die eine Erwerbstätigenpension aufsetzt.

Dadurch hat ein Medianverdiener bei etwa 45 Erwerbsjahren einen Anspruch auf 70% des Nettolohns. Daneben werden Erwerbstätige für ihre Elternschaft und Ehrenamtler belohnt; hierfür sind zwei Pensionsfaktoren vorgesehen.

Die Kernpunkte unseres Modells im Überblick: https://afd-fraktion-bw.de/sites/afd-bw-fraktion/flyer/das-alternative-pensionsmodell_mit_qr-code.pdf

? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?

Es muss wieder ins Bewusstsein rücken, dass die Familie die Keimzelle und das Fundament unserer Gesellschaft ist. Sie ist die einzigartige Gemeinschaft, in der für unser gesellschaftliches Zusammenleben so wichtige und unabdingbare Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit vermittelt werden. Die Großeltern sind unmittelbarer Bestandteil der Familie. Wir fördern das familiäre Zusammenleben, alternativ hierzu Projekte wie Mehrgenerationenhäuser oder Wohngemeinschaften.

- i** Die Pflegeversicherung stößt in ihrer heutigen Struktur an ihre Grenzen. Das derzeitige System deckelt die Zahlungen der Pflegeversicherung. Alle Kostensteigerungen werden auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige und deren Angehörige, in der stationären Pflege zu tragen haben, steigt immer weiter. Der notwendige Zukauf von pflegerischen Leistungen in der ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger stellt Familien vor große finanzielle Herausforderungen.

Neben der finanziellen Belastung müssen sich insbesondere Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, mit dem Thema der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auseinandersetzen. Viele pflegende Angehörige können nicht mehr wie bislang berufstätig sein. Sie müssen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil sie mit ihrer Pflegeleistung und -verantwortung nicht vereinbar ist. Damit verlieren sie ihre eigene soziale Absicherung.

Mittlerweile sind wieder viele pflegebedürftige Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das Alterseinkommen kann den Eigenanteil oftmals und gerade in der stationären Versorgung nicht decken. Deshalb fragen wir Sie:

- ?** ***Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?***

Ca. 70 % der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege ist das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die häusliche Betreuung auch finanziell zu stärken. Im stationären Bereich sind die Investitionskosten der Heime wieder vom Land zu tragen und der Eigenanteil bei stationärer Pflege auf 1000,-€ /monatlich zu begrenzen.

- ?** ***Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?***

Pflegende Angehörige müssen umgehend mehr Unterstützung erfahren: Bei der Beratung, Anleitung, bei Kostenerstattung, bei der finanziellen Förderung und bei der Schaffung eines vorübergehenden ‚Landes-Pflege-Familiengeldes‘, das solange gezahlt werden muss, bis auf Bundesebene eine adäquate Leistung etabliert worden ist. Damit soll es allen ermöglicht werden, ihre Angehörigen mit entsprechender Anerkennung und finanzieller Unterstützung zu Hause zu betreuen. Weitere Erleichterungen sollen durch mehr Kurz- und Tagesplätze geschaffen werden.

i Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die Wohnung ist der Rückzugsort, der Lebensquell. Die Wohnsituation bestimmt zu einem großen Teil die Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter jedoch und bei auftretenden körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen werden besondere Anforderungen an die Wohnung und die Wohnsituation gestellt.

Hinzu kommt in allen Altersgruppen der Bevölkerung die Thematik der Bezahlbarkeit des Wohnraums. Barrierefreie Neubauwohnungen sind für viele Seniorinnen und Senioren langfristig nicht erschwinglich. Die Anforderung an bedarfsgerecht angepassten/barrierefreien Wohnraum ist nicht nur durch Neubauten zu decken, sondern auch durch den Umbau von Bestandsbauten zu fördern.

? Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?

Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird. Wir wollen eine Altersversorgung erreichen, die es den Menschen in der Regel ermöglicht, sich ihren Alterswohnsitz gemäß ihrer Lebensleistung erhalten zu können, ohne auf den Staat angewiesen zu sein. Daher befürworten wir die Abschaffung der Grundsteuer, damit das mühsam zusammengesparte Eigenheim auch im Alter bezahlbar bleibt.

? Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?

Das gewohnte Umfeld in den eigenen vier Wänden muss auf die veränderten Anforderungen angepasst werden, um möglichst lange selbstständig leben zu können. Wenn man in seiner Bewegung eingeschränkt ist, ist das eigene Zuhause von noch größerer Bedeutung, weil die Wohnung zum Lebensmittelpunkt wird. Daher spielt die barrierefreie Bauweise auch im privaten Bereich eine zentrale Rolle. Barrierefreiheit erreichen wir durch günstigere Kredite und Zuschüsse für entsprechende Bau- oder Umbaumaßnahmen. Die vorhandenen Förderprogramme der Bundes- und Landesregierung zu barrierefreiem Wohnraum sollen optimiert werden.

? **Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?**

Da immer mehr pflegebedürftigen Menschen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüberstehen, will die AfD das Konzept der häuslichen Pflege stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger fördern. Mehrgenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt, aber auch individuelle Projekt- oder Quartierslösungen sollen gestärkt werden. Wo sich ältere Menschen zu Wohngemeinschaften finden wollen, darf es keine unnötigen bürokratischen Hürden geben. Die AfD unterstützt auch, auf kommunaler Ebene junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies setzt der Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlaubt es rüstigen Menschen, sich durch Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft einzubringen. Gleichzeitig wird den jungen Menschen dabei der Respekt vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung mit auf den Weg gegeben.

? **Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?**

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Bürokratie im Bauwesen reduziert wird, Genehmigungsprozesse optimiert und die Bauvorschriften auf das notwendige Maß reduziert werden. Neubauten müssen wieder einfacher und preisgünstiger werden und Umbau von Bestandsbauten ohne unsinnige Auflagen weiter gefördert werden. Es gilt auch die Infrastruktur wiederzubeleben, so dass verschiedene bzw. individuelle Wohnformen auch funktionieren.

1 Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

? *Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?*

Die Basis eines selbstbestimmten Lebens im hohen Alter sind eine angemessene Altersversorgung und wohnortnahe Versorgungsmöglichkeiten. Hierzu gehören auch die ärztliche Versorgung, die wir zur Grundversorgung zählen und eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur. Mit der Entlastung von Angehörigen und unserem Einsatz für die Rückkehr zum traditionellen Familienbild treten wir gegen die Vereinsamung im Alter ein.

1 Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

? *Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?*

Pflegende Angehörige spielen eine herausragende Rolle bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Eine umfassende und unabhängige, möglichst zugehende Pflegeberatung ist ein wesentliches Instrument zur Unterstützung und muss durchgreifend ausgebaut werden. Die Pflegestützpunkte zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Bevölkerung sind weiterhin zu fördern und die Kooperationen im Rahmenvertrag zu erweitern.

? *Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?*

„Pflege macht arm!“ - Angesichts dieses wichtigen und infolge des demographischen Wandels drängenden Themas ist die AfD-Fraktion dafür, dass das Land die Investitionskosten der pflegebedürftigen Heimbewohner übernehmen muss. Die AfD-Fraktion unterstützt auch die Forderung nach einer Überarbeitung des Pflegeversicherungsgesetzes, um den Bürger zu entlasten sowie die Angehörigen und zu Pflegenden zu unterstützen, die ambulant versorgt werden.

? **Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?**

Am Ende des Lebens wünschen sich viele Menschen, in Würde und Frieden zu Hause sterben zu dürfen. Daher ist sowohl die Palliativpflege als auch das Hospizwesen flächendeckend zu fördern. Außerdem begrüßt die AfD eine entsprechende Qualifikation hierzu in allen Bereichen, sei es bei den Ärzten, Angehörigen oder dem Pflegepersonal.

Die Pflegekassen und die Sozialhilfeträger gewährleisten eine Personalausstattung, die es ermöglicht, ressourcenaufwendige Kooperationen mit spezialisierten Leistungserbringern, ambulanten Hospizdiensten und Palliativmedizinern gemäß dem gesetzlichen Anspruch zu praktizieren. Eine allgemeine palliative pflegerische Versorgung kann aufgrund einer ärztlichen Verordnung in Pflegeeinrichtungen über das Krankenversicherungsgesetz erbracht werden. Die Begleitung und Beratung der Angehörigen wird Bestandteil des Leistungsrechtes.

? **Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?**

Gesundheit darf nicht zur Ware werden, die Entwicklung zu einer profitorientierten „Gesundheitsindustrie“ und fachfremden Investoren ist zu stoppen, die minimalinvasive Gesundheitsbehandlung zu priorisieren. MVZ dürfen nur in Trägerschaft freier, niedergelassener Ärzte verbleiben. Die Niederlassung auf dem Land für Ärzte in eigener Praxis ist durch Stärkung der Infrastruktur und durch Abbau der Bürokratie attraktiver zu machen. Auch die Kommunen und Landkreise sind gefordert, Anreize dafür zu schaffen, z.B. durch Bereitstellung von Immobilien.

Es gilt der Erhalt der inhabergeführten Apotheke durch Stärkung des Botendienstes und Verbotes des Versandhandels von verschreibungspflichtigen Medikamenten.

i Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg.

? *Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?*

Für unsere Fraktion/Partei bleibt der Arztbesuch die bevorzugte Wahl der Untersuchung/Behandlung. Eine ganzheitliche Betrachtung ist unserer Ansicht nach, auch hinsichtlich der gesundheitlichen Entwicklung des Patienten, nur bei physischer Anwesenheit optimal möglich. Wir legen daher vor allem Wert darauf, dass auch künftig wohnortnahe Arztbesuche möglich bleiben. Wer dennoch digitale Angebote wahrnehmen möchte, sollte hierfür selbstverständlich von den Beratungsstellen unterstützt werden. Im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres sollten die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, die Senioren mit technischen Medien vertraut zu machen.

i Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung muss gravierend verbessert werden. Dazu gehören aus unserer Sicht im Wesentlichen eine Anhebung des Pflegeschlüssels, eine deutliche Verbesserung der Vergütung für Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

? *Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?*

In der jetzigen Situation formulieren die Beschäftigten ganz klar, was sie brauchen: Schutzausrüstung, mehr Personal, eine bessere Entlohnung – und ein anderes Bewusstsein für die Pflege. Das wird aber nicht mit einer Zwangsmitgliedschaft in einer Pflegekammer erreicht, die die AfD-Fraktion ablehnt, sondern z.B. durch bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser sowie die Schaffung von Notfallkapazitäten und -vorräten für zukünftige Pandemien. Die viel gelobte gesellschaftliche Anerkennung muss bei den Pflegekräften auch spürbar ankommen. Daher betrachten wir nicht vorrangig eine Akademisierung, sondern vielmehr bessere Arbeitsbedingungen, und nicht zuletzt eine angemessene Bezahlung als das Mittel der Wahl.

i **Mobilität und Klimaschutz – beides drängt**

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und großer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden. Nur so lässt sich der Lebensstandort ländliche Region im demografischen Wandel erhalten.

Der Verkehr ist aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Um die notwendigen Klimaziele zu erfüllen, müssen neue, vernetzte und passgenaue Lösungen entwickelt werden.

? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?

Dort, wo die öffentlichen Verkehrsmittel tatsächlich genutzt werden, müssen diese erhalten oder gar ausgebaut werden. Wir sind daher für Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (ÖPNV, Schiene) z.B. bessere Taktung und besseres „Park und Ride“- Angebot. Ebenso können lokale Lösungen wie Bürgerbusse oder Bürgertaxis ein Teil der Lösung sein. Wir halten jedoch für diejenigen, die dies können und möchten, auch weiter am Individualverkehr mit dem eigenen Fahrzeug fest, den wir nicht als ursächlich für Klimaveränderungen betrachten.

i **Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.**

? Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?

Die ideologische Idee der „Stadtquartiere“ mit fußläufiger Öko-Versorgung entspricht nicht den Zielen der AfD. Den UNO-Plan „Habitat III“ lehnen wir ab, da wir über Jahrtausende bewährte familiäre Strukturen erhalten wollen. Es gilt die Erreichbarkeit der öffentlichen Gebäude durch die Umgestaltung zur Barrierefreiheit (inklusive der Toilettenproblematik) weiter zu verbessern, genauso wie den baulichen Zustand von Bürgersteigen oder auch Bahnsteigen und die Infrastruktur ganz allgemein wieder mehr zu fördern, um einen Anreiz für eine wohnortnahe Versorgung durch Standortattraktivität zu schaffen.

? Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?

Im Rahmen von Umbauarbeiten muss diese regelmäßig berücksichtigt werden. An besonders zentralen Punkten muss hier auch akut Abhilfe geschaffen werden.

i Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung

Auch Seniorinnen und Senioren sind im digitalen Zeitalter angekommen und müssen sich in dieser schnelllebigen Welt zurechtfinden. Immer mehr von uns möchten sich dem Thema öffnen. Dennoch bleiben viele von dieser Entwicklung abgeschnitten.

? *Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?*

Unsere Fraktion ist Ansprechpartnerin für alle Bürger in Baden-Württemberg. Als Bürgerpartei freuen wir uns daher, wenn die Menschen mit ihren Anliegen zu uns kommen, wir uns diesen annehmen, sie unterstützen und um sie gegenüber der Landesregierung thematisieren zu können. Wir suchen neben einzelnen Senioren auch das Gespräch mit Fachverbänden und lassen ihre Stellungnahmen in unsere Entscheidungsfindungen mit einfließen. Diesen Weg möchten wir auch in der Zukunft weitergehen.

? *Was können wir gemeinsam dafür tun?*

Es gilt aus unserer Sicht, ohne ideologische Scheuklappen, gemeinsam und pragmatisch nach Lösungen zu suchen, die nachhaltig die Probleme lösen, die uns, insbesondere durch den demographischen Wandel, bevorstehen. Hierfür wird unsere Fraktion auch in Zukunft immer ein Ansprechpartner sein.